

## Anlage Teilnahmeantrag

add LEGAL Rechtsanwälte und Notar  
Adelheidstraße 4/5  
30171 Hannover

Ort, Datum  
Hannover, den 25.06.2026

Vergabe/Projekt Nr.:  
5180 Stadtbahnverlängerung Garbsen Mitte –  
Umplanung der Erdwärmeanlage am Rathaus

An alle Bewerber

Verfahrensart  
**Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb**

Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags:  
**27.07.2026, 12.00 Uhr**

### Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags

Vorhaben: Umplanung der Erdwärmeanlage am Rathaus für das Projekt Stadtbahnverlängerung  
Garbsen-Mitte, Leistungen nach § 53 Abs. 2 Nr. 2 HOAI 2021

EU-Bekanntmachung  
vom: 25.06.2026 (Tag der Absendung)

**Teilnahmeantrag von:**  
(Bewerber bitte ergänzen!)

#### Unternehmen

(mit Rechtsform angeben!):

**Ansprechpartner:**

**Adresse:**

**E-Mail:**

---

---

---

---

#### Abzugebende Erklärungen:

- Ziffer 1: Abgabe der Erklärungen, Beifügung von Unterlagen
- Ziffer 2: Eigenerklärung Berufshaftpflicht- und Vermögensschadenversicherung
- Ziffer 3: Ausländisches Büro
- Ziffer 4: Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Ziffer 5: Zustimmung zur Datenverarbeitung
- Ziffer 6: Hinweis auf Folgen wissentlicher Falscherklärungen
- Ziffer 7: Erklärung zu den Jahresabschlüssen und zur Umsatzentwicklung
- Ziffer 8: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit
- Ziffer 9: Erklärung zur Mitarbeiteranzahl
- Ziffer 10: Angabe eines Ansprechpartners
- Ziffer 11: Referenzliste
- Ziffer 12: Benennung Leistungen Nachunternehmer
- Ziffer 13: Verpflichtungserklärung Nachunternehmer
- Ziffer 14: Eigenerklärung Bietergemeinschaft
- Ziffer 15: Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)
- Ziffer 16: Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt
- Ziffer 17: Eigenerklärung Bezug zu Russland
- Ziffer 18: Unterzeichnung des Teilnahmeantrags

## 1. Ich/Wir bewerbe(n) mich/uns hiermit um die Beauftragung der ausgeschriebenen Leistung.

Ich/Wir versichern, die erforderliche Eignung zu Erfüllung der ausgeschriebenen Leistungen zu besitzen.

Die gemäß Aufforderung zur Teilnahme am Bewerbungsverfahren verlangten Bescheinigungen und Erklärungen sind beigelegt.

**Die vom Bewerber beigelegten Eigenerklärungen, Bescheinigungen und Angaben sind nachfolgend vom Bewerber anzukreuzen. Im Folgenden sind dann an den hierfür vorgesehenen Platzhaltern die entsprechenden Angaben durch die Bewerber auszufüllen und zu ergänzen. Ebenso ist an den dafür vorgesehenen Stellen anzukreuzen. Mit Unterzeichnung und Abgabe des Teilnahmeantrags werden nachfolgende Punkte bestätigt.**

- ☐ Eigenerklärung zur Berufshaftpflicht- und Vermögensschadenversicherungsdeckung gem. Formblatt Ziffer 2.
- ☐ Ausländisches Büro gemäß Formblatt Ziffer 3
- ☐ Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß Formblatt Ziffer 4
- ☐ Zustimmung zur Datenverarbeitung gemäß Formblatt Ziffer 5
- ☐ Hinweis auf Folgen wissentlicher Falscherklärungen gemäß Formblatt Ziffer
- ☐ Erklärung zu den Jahresabschlüssen und zur Umsatzentwicklung gem. Formblatt Ziffer 7.
- ☐ Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gem. Formblatt Ziffer 8
- ☐ Erklärung zur Mitarbeiteranzahl gem. Formblatt Ziffer 9
- ☐ Angabe eines Ansprechpartners gemäß Formblatt Ziffer 10
- ☐ Referenzliste gemäß Formblatt Ziffer 11
- ☐ Benennung Leistungen Nachunternehmer gemäß Formblatt Ziffer 12
- ☐ Verpflichtungserklärung Nachunternehmer gemäß Formblatt Ziffer 13
- ☐ Eigenerklärung Bietergemeinschaft gemäß Formblatt Ziffer 14
- ☐ Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG) gemäß Formblatt Ziffer 15
- ☐ Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt gemäß Formblatt Ziffer 16
- ☐ Eigenerklärung Bezug zu Russland gemäß Formblatt Ziffer 17
- ☐ Unterzeichnung des Teilnahmeantrags gemäß Formblatt Ziffer 18

### oder/und (optional!)

- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung

## 2. Eine Berufshaftpflicht- und Vermögensschadenversicherung besteht bei dem folgenden Versicherungsunternehmen: \_\_\_\_\_

Bei Zuschlagserteilung oder auf ausdrückliche Anforderung der Vergabestelle ist ein Nachweis über eine bestehende Berufs- und Vermögenshaftpflichtversicherung entsprechend den nachfolgenden Angaben bei einem EU - zugelassenen Versicherungsunternehmen zu erbringen.

Ich/wir erklären, dass eine Versicherung mit folgenden Deckungssummen im Einzelfall besteht bzw. abgeschlossen wird und die Bestätigung hierfür vorliegt:

Personen- und Sachschäden: \_\_\_\_\_Euro

Vermögensschäden: \_\_\_\_\_Euro

**Mindestdeckungssummen: 3 Mio.€ für Personen- und Sachschäden und 3 Mio.€ für Vermögensschäden. Das Nichterreichen dieser Deckungssummen ist ein Ausschlussgrund.**

Bei Bewerbergemeinschaften Versicherungssumme der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft:

Versicherung des Mitbewerbers 1: \_\_\_\_\_

Personen- und Sachschäden: \_\_\_\_\_ Euro

Vermögensschäden: \_\_\_\_\_ Euro

Versicherung des Mitbewerbers 2: \_\_\_\_\_

Personen- und Sachschäden: \_\_\_\_\_ Euro

Vermögensschäden: \_\_\_\_\_ Euro

Bei Bewerbergemeinschaften sind, sofern keine Berufs- und Vermögenshaftpflichtversicherung der Bewerbergemeinschaft selbst besteht, die Mindestanforderungen an die Versicherungssummen von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

### 3. Ich bin/Wir sind ein ausländisches Büro aus einem

**(falls zutreffend ist vom Bewerber anzukreuzen!)**

- ☐ EWR-Staat bzw. Staat des WTO-Abkommens \_\_\_\_\_ (Nationalität)  
☐ anderer Staat \_\_\_\_\_ (Nationalität)

### 4. Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir über mein/unser Vermögen weder ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt habe(n) noch eröffnet wurde,
- ich mich/wir uns nicht in Liquidation befinde(n),
- ich/wir keine schweren Verfehlungen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit begangen habe(n), die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt, insbesondere wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften in den letzten zwei Jahren nicht mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden bin/sind,
- ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind und
- ich/wir in der Bewerbung wissentlich keine unzutreffende Erklärung in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit angegeben habe(n). Ich bin/wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen meinen/unseren Ausschluss zur Folge haben kann.

**(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)**

- ☐ Es wird bestätigt, dass keine der vorbenannten Verfehlungen vorliegt.  
☐ Es liegen folgende Verfehlungen vor:

---

---

---

**5. Der Bewerber erklärt sich damit einverstanden,** dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren elektronisch verarbeitet und gespeichert werden.

**(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)**

- ☐ Einverständnis wird erteilt.
- ☐ Einverständnis wird versagt.

**6. Der Bieter ist sich gewiss,** dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren sowie die fristlose Kündigung eines etwa erteilten Auftrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

**(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)**

- ☐ Gewissheit besteht.
- ☐ Gewissheit besteht nicht.

**7. Erklärung zu den Jahresabschlüssen und Umsatzentwicklung der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre**

Die Jahresbruttoumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre:

2023: \_\_\_\_\_ €

2024: \_\_\_\_\_ €

2025: \_\_\_\_\_ €

**Bitte Vorgaben zum Mindestumsatz von 500.000 € pro Jahr beachten!**

**8. Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß §§ 123,124 GWB**

Mir ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren wegen Unzuverlässigkeit ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:

- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- c) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- d) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,

- e) § 334 des Strafgesetzbuches (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, Artikel 7 Abs. 2 Nr. 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes,
- f) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- g) § 370 Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden.

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Mir ist weiterhin bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Wettbewerb als Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden kann, wenn

- a) über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- b) es sich in Liquidation befindet,
- c) es nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, die seine Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,
- d) es seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nicht ordnungsgemäß erfüllt hat,
- e) es im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Eignung abgegeben hat.

**Ich versichere durch, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.**

**Ich verpflichte mich, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss bzw. spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Unterbeauftragung vorzulegen.**

**(Vom Bewerber ist durch Ankreuzen die Kenntnisnahme und Versicherung zu bestätigen!)**

- ( ) Vorstehende Ausführungen sind bekannt.
- ( ) Vorstehende Versicherungen und Verpflichtungen werden erteilt.

## 9. Erklärung über die Anzahl der Mitarbeiter des Unternehmens

Anzahl der technischen Mitarbeiter des Unternehmens: \_\_\_\_\_ 2023

\_\_\_\_\_ 2024

\_\_\_\_\_ 2025

**Bitte Mindestanforderung (jeweils 3 technische Mitarbeiter) beachten!**

## 10. Angabe eines persönlichen Ansprechpartners

Für die Abwicklung der ausgeschriebenen Leistung hat der Auftragnehmer einen verantwortlichen Projektleiter sowie einen Vertreter zu benennen, der für die Vertragsbetreuung für den Auftraggeber zur Verfügung steht. Insbesondere ist dieser Ansprechpartner für alle abwicklungsrelevanten Fragen zuständig.

Der Auftragnehmer kann für die Vertragsbetreuung während der Vertragslaufzeit den Auftraggebern auch weitere zuständige Ansprechpartner benennen. Grundsätzlich ist jedoch ein zentraler Ansprechpartner für die Auftraggeber zu benennen. Werden auf Seiten des Auftragnehmers die Zuständigkeiten unternehmensintern geändert, so ist jeder Auftraggeber über diese Änderung rechtzeitig vor Eintreten der Änderung schriftlich zu informieren.

### Verantwortlicher Ansprechpartner:

Name: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Fax: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

### Vertreter:

Name: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Fax: \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

## 11. Referenzliste

Referenz-Nr: \_\_\_\_\_

**Referenzen nummerieren und Formblatt entsprechend vervielfältigen! Es sind 3 vergleichbare Referenzen zu benennen!**

Zwingende Angaben!

**Auftraggeber:**

	<u>Adresse Auftraggeber</u>	<u>Telefon Auftraggeber</u>
( ) öffentlicher Auftraggeber ( ) privater Auftraggeber		

Bezeichnung des Projekts: \_\_\_\_\_

Vergleichbarkeit der Planungsleistung:

Planung einer Erdwärmeanlage im Zuge der Technischen Gebäudeausrüstung gemäß HOAI §53 und VDI-Richtlinie 4640 für öffentliche Gebäude bzw. öffentliche Auftraggeber	
Planung einer Erdwärmeanlage im Zuge der Technischen Gebäudeausrüstung gemäß HOAI §53 und VDI-Richtlinie 4640 für nicht öffentliche Gebäude (z.B. Büro- und Verwaltungsgebäude) bzw. private Auftraggeber	
Planung einer sonstigen Wärmeversorgungsanlage im Zuge der Technischen Gebäudeausrüstung gemäß HOAI §53	

**(Zutreffendes bitte ankreuzen)**

Beauftragte Leistungsphasen: \_\_\_\_\_

Projektvolumen (Baukosten KG 300 + KG 400 netto): \_\_\_\_\_

**(Mindestanforderung 100.000 € netto)**

Weitergabe beauftragter Leistungen an Nachunternehmer:

- ( ) ja  
( ) nein

Falls ja, Darstellung der weitergegebenen Leistungen:

## 12. Liste der Unterauftragnehmer

Wir beabsichtigen, zur Erfüllung unserer angebotenen Leistungen die nachfolgend genannten Unterauftragnehmer zu beauftragen (Unterauftragnehmer müssen nur benannt werden, wenn diese zum Zeitpunkt der Teilnahmefrist bekannt sind oder sich der Bewerber zum Eignungsnachweis nach lit. 5.1 g) der Fähigkeiten anderer Unterauftragnehmer bedienen will; der Leistungsumfang ist zu benennen, ebenso die Zuteilung auf die jeweiligen Lose, für das die Bewerbung erfolgt):

Leistungsumfang, der auf den Unterauftragnehmer übertragen werden soll	Unterauftragnehmer (Name und Anschrift)

## 13. Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer

Bieter	Vergabenummer	Datum
--------	---------------	-------

Titel der Ausschreibung **Planung Erdwärmeanlage - Stadtbahnverlängerung Garbsen Mitte**

Name des sich verpflichtenden Unternehmens

---

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesem mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen:

Position	Beschreibung der Teilleistungen

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift



#### 14. Eigenerklärung der Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen

1. \_\_\_\_\_
2. \_\_\_\_\_
3. \_\_\_\_\_
4. \_\_\_\_\_
5. \_\_\_\_\_
6. \_\_\_\_\_

haben uns für die Bewerbung zu einer Bietergemeinschaft in der Rechtsform

\_\_\_\_\_

zusammengeschlossen.

Wir übernehmen für Verbindlichkeiten aus dieser Ausschreibung gegenüber den Auftraggebern die gesamtschuldnerische Haftung.

Als bevollmächtigten Vertreter unserer Bewerber, bzw. Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft benennen wir

\_\_\_\_\_ .

Der bevollmächtigte Vertreter ist ermächtigt, die Mitglieder der Bewerber- bzw. Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft gegenüber den Auftraggebern rechtsverbindlich zu vertreten.

Die Aufgaben innerhalb der Bewerber- bzw. Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft ist wie folgt vorgesehen:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Stempel, Unterschrift

### **15. Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)**

Nach § 19 Abs. 3 MiLoG müssen öffentliche Auftraggeber beim Gewerbezentralregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Absatz 1 oder Absatz 2 MiLoG anfordern oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen.

***Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG1 nicht vorliegen.***

---

(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

### **16. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt**

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Niedersachsen NTVergG

**Ich erkläre / Wir erklären, dass**

( ) meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt von mindestens 9,60 Euro (brutto) pro Stunde bezahlt wird

oder

( ) mein / unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

**Zutreffendes bitte ankreuzen.**

ich mir / wir uns

( ) von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

oder

( ) von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse / lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

**Zutreffendes bitte ankreuzen.**

( ) ich mich verpflichte / wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 NTVerG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

**Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass**

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
- den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

---

(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

## 17. Eigenerklärung Bezug zu Russland

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, **genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**
  - a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
  - b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
  - c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

---

(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

**18. Die Unterzeichnung des Teilnahmeantrags gilt für alle Teile. Die Unterzeichnung ist zwingend!**

---

Unterschrift(en) des Teilnehmers- \*) / Firmenstempel

---

Namen der Unterzeichner in Druckbuchstaben

---

Unterschrift(en) aller Teilnehmer einer Bietergemeinschaft- \*) / Firmenstempel  
(falls vorhanden)

---

Namen der Unterzeichner aller Teilnehmer einer Bietergemeinschaft in Druckbuchstaben  
(falls vorhanden)

**\*) Wird der Teilnahmeantrag vom Bieter und im Falle der Abgabe des Teilnahmeantrags einer Bietergemeinschaft nicht von allen Bietern unterschrieben, gilt der Teilnahmeantrag als nicht abgegeben**